



THEMA FOLGEN DES VW-SKANDALS

Der Abgasskandal bei Volkswagen weitet sich immer mehr aus. Nach manipulierten Stickstoffwerten in Dieselmotoren wird dem Autohersteller inzwischen auch vorgeworfen, bei weiteren Fahrzeugen zu geringe CO₂- und Sprit-Verbrauchsangaben gemacht zu haben.

Prof. Dr. Horst Schellhaaß em. Professor, Universität zu Köln:

Für die Steuerungswirkung in einer Volkswirtschaft ist es wichtig, dass die finanziellen Belastungen für ein Unternehmen bei vorsätzlichem Fehlverhalten spürbar sind. Unternehmen verstehen die Sprache der positiven und negativen finanziellen Anreize.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Neue Umweltregulierungen gelten für alle Anbieter gleich und führen dazu, dass die alte Fahrzeugflotte schneller erneuert wird. Daher wirken sie eigentlich wie ein beschleunigter Kaufanreiz und sind damit positiv nachfragewirksam. Es ist daher unverständlich, dass die angeblichen Technologieführer sich dagegen wehren. Sie müssten tatsächlich neue technologische Herausforderungen begrüßen. Es sei denn, sie sind nicht wirklich die technologischen Führer, sondern Täuscher (siehe VW). Wenn dies der Fall ist, haben die Unternehmen selbst, aber auch Deutschland, größtes Interesse, wieder technologischer Führer zu werden. Dann müssen wir auch nicht verschärfte Normen fürchten.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Der VW-Skandal zeigt auch, dass das Gros an Emissionseinsparungen wohl erreicht ist. Moderne und gut ausgestattete Autos haben ein relativ hohes Gewicht. Die Senkung des tatsächlichen Spritverbrauchs unter Werte von 5 Litern je 100 km ist kaum zu schaffen. Letzteres geht nur in Kombination mit einem Elektromotor, also eines Hybridantriebes. Letztlich dürfte die Benzin- und Dieselmotortechnologie, was das Einsparpotenzial angeht, bald an seine Grenzen kommen. Die Zeit für einen Technologiesprung ist jedenfalls reif.

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Das Ganze scheint tatsächlich vor allem ein Problem von VW zu sein.

Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Deutschland täte prinzipiell gut daran, nicht zu sehr auf die Autoindustrie zu setzen. Je diversifizierter eine Volkswirtschaft, desto krisenfester ist sie.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Ökonomisch arbeiten wir an Grenzen ab; mit dem gleichen Geld könnte man massiv mehr hebeln in den Entwicklungsländern – das sollte man zumindest wissen, wenn man beklagt, dass weltweit der Umweltschutz nicht weiterkommt. Pioniersein ist nicht alles!



Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Vollständige Aufklärung ist jetzt ganz wesentlich – sowohl für die Begleichung der Schäden als auch für die Vermeidung von Kollateralschäden bei anderen Unternehmen.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Manipulationen lassen sich durch nichts rechtfertigen und die Verantwortlichen müssen wegen Betrugs zur Rechenschaft gezogen werden. Bemerkenswert ist indes, dass Autokäufer eine finanzielle Entschädigung verlangen. Formal sind sie im Recht, aber es wäre schon interessant zu wissen, wer bei einem Autokauf wirklich die Werksangaben zum NOx- und CO₂-Ausstoß studiert und davon seine Kaufentscheidung abhängig gemacht hat.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Unrealistische, kaum zu akzeptablen Kosten erreichbare Grenzwerte machen manipulierende Korrekturen zur Sicherung des Absatzes und der Beschäftigung leider notwendig. Wirkliche Schäden sind nicht entstanden, allerdings hat die dilettantische Reaktion des VW-Managements mit seinem „Selbstbeschuldigungswahn“ im Verbund mit verantwortungslosen Medien aus der simplen Manipulation von Abgaswerten einen „Umweltskandal“ aufgebauscht und damit den Konkurrenten der deutschen Automobilbranche eine Grundlage für Neoprotektionismus zulasten der deutschen Automobilindustrie geschaffen; Bigotterie und Überheblichkeit rächen sich eben eines Tages.

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Eine Rechtfertigung von Betrugereien mit zu strengen ökologischen Auflagen (die vorher klar definiert und demokratisch legitimiert waren) zeugt von einem hohen Potential krimineller Energie. Dabei sollte beachtet werden, dass diese Betrugereien auch Menschenleben gekostet haben!

Prof. Dr. Volker Caspari Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie I, TU Darmstadt:

CO₂-Reduktion ist eben mit Leistungseinbußen zu bezahlen. VW hätte ja auch die „Common rail“-Technologie übernehmen können, statt eine eigene zu entwickeln.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Es bleibt abzuwarten, wie es bei den anderen Herstellern aussieht.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Der Regulierungsrahmen muss so reformiert werden, dass Manipulationen der Normwerte nahezu ausgeschlossen sind.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Die Vorfälle bei VW zeigen, dass die Autoindustrie insgesamt zu hohe politische Protektion genießt. Man könnte fast von einer Verquickung mit der Politikern sprechen und dies nicht nur in Wolfsburg: Man denke nur an das Dienstwagenprivileg.

Prof. Dr. Bruno Schönfelder Lehrstuhl für Allgemeine VWL, TU Bergakademie Freiberg:

Die Politik hat die Automobilhersteller ausgenutzt, um die Illusion schüren zu können, dass CO₂-Reduktion ohne große Opfer (sprich: Übergang zu viel kleineren und schwächeren Motoren) zu



haben sein wird. Das ist jetzt geplatzt – und es wirkt sich nun zum Schaden der deutschen Industrie und damit von uns allen aus, dass man es so angestellt hat.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Es muss eine neue Ehrlichkeit her. Außerdem ist das Problem der Luftreinhaltung nur international zu lösen. In der Atmosphäre gibt es keine Schadstoff-"Grenzen".

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Andere Branchen gewinnen angesichts der VW-Krise vielleicht an Bedeutung; eher aus psychologischen Gründen. Gesundheit und Bildung treten möglicherweise mehr in den Vordergrund, Stichwort: Humankapital.

DEUTSCHE GROßBANKEN

Mit umfangreichen Umstrukturierungen und neuen Chefs versuchen die beiden deutschen Großbanken Deutsche Bank und Commerzbank ihre Probleme in den Griff zu kriegen. Halten Sie es grundsätzlich für nötig, dass Deutschland zwei internationale Großbanken braucht, um ihre Exportindustrie zu begleiten?

Prof. Dr. Volker Nitsch Lehrstuhl für Internationale Wirtschaft, TU Darmstadt:

Für die Abwicklung des Exportgeschäfts sind nicht zwingend Großbanken erforderlich.

Prof. Dr. Horst Schellhaab em. Professor, Universität zu Köln:

Wettbewerbsgründe sprechen für mehr als eine internationale Großbank.

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Wenn deutsche Großbanken deutsche Unternehmen finanzieren und begleiten, ist dies sicher nicht verkehrt, sofern diese Banken nicht alles andere im Vordergrund sehen als dieses Geschäftsfeld.

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Ja, Deutschland braucht zwei Großbanken. Im deutschen Unternehmenssektor ist die Präferenz für eine deutsche Bank nach wie vor hoch. Da aber Unternehmen in aller Regel nicht nur eine Hausbank haben, bedarf es mehr als einer Großbank.

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

Die größte Volkswirtschaft Europas und viertgrößte Welt sollte über zwei globale Privatbanken verfügen.



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Ich halte es grundsätzlich für falsch, solche Fragen von einer nationalen Ebene zu betrachten: Wenn die Banken gut arbeiten und ordentlich Geld verdienen, werden sie beide ihren Platz im internationalen Wettbewerb haben und wenn nicht, dann eben nicht.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Unternehmen benötigen eine Heimat – aber die Heimat auch Unternehmen. Eine Welt ohne Führungszentralen ist nicht nur arm, sie kann auch Kompetenzen nur verzögert ausüben.

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Für ein Land mit einer so großen Exportwirtschaft und internationalen wirtschaftlichen Bedeutung sind wenigstens zwei Großbanken nicht zu viel.

Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Was die deutsche Exportindustrie braucht, ist eine attraktive Produktpalette, und so hat sie sich ja auch auf den Weltmärkten positioniert.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Es gibt weltweit genug erfahrene Großbanken, die sich für eine Betreuung deutscher Exporteure nicht zu schade und wahrscheinlich auch weniger arrogant sind.

Prof. Dr. Wilfried Fuhrmann Lehrstuhl für Makroökonomische Theorie und Politik, Universität Potsdam:

Wo ist nach der EWU der Finanzplatz Frankfurt geblieben? Wir brauchen die Banken nicht (nur) als „Eskortservice“ für die Exportindustrie – welch` irrer Referenzrahmen, wir leben nicht zur Zeit der Fugger. Wir brauchen die volle Integration in alle Segmente des internationalen Finanzmarktsystems.

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Aber die Deutsche Bank hat sich nicht darauf konzentriert, die Exportindustrie zu begleiten, sondern hat hauptsächlich Investmentbanking betrieben, was nur wenig mit deutschen Firmen zu tun hat. Eine solche Deutsche Bank benötigt Deutschland nicht.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Finanzdienstleistungen werden von Instituten aus vielen Ländern für deutsche Unternehmen angeboten. Es ist überhaupt nicht zwingend, dass hier auf der Angebotsseite große, traditionell in Deutschland beheimatete Banken stehen müssen.

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Beide Banken haben meiner Meinung nach kein Geschäftsmodell, welches nachhaltig ist. Investmentbanking hat in der Krise zu Milliardenverlusten geführt, die auch den deutschen Staat belastet



haben. Zudem haben die Unternehmen als Sektor in den letzten Jahren viel gespart. Die Bilanzsumme der Deutschen Bank ist übrigens etwa dreimal so groß wie die der Commerzbank.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Aber ich halte die Frage bestenfalls für ordnungspolitisch obsolet. Es geht nicht darum, ob ich glaube, dass die deutsche Exportwirtschaft zwei Großbanken braucht, sondern darum, ob die Eigentümer „ihrer“ Bank darin im Wettbewerb ein erfolgreiches Geschäftsmodell sehen.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Vertrauensbeziehungen zwischen Banken und Großunternehmen sind nach wie vor wichtig.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:

Der europäische Binnenmarkt für Banken ist noch weit von seiner Vollendung entfernt.

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:

Sollte etwa eine Bank die Preise diktieren können?

THEMA FLÜCHTLINGE IN DER EU

Die EU-Kommission rechnet damit, dass durch den Zustrom von Flüchtlingen die jährliche Wirtschaftsleistung (BIP) bis 2020 zusätzlich um rund 0,7 Prozent zulegen könnte, falls die Neuankömmlinge die gleiche Qualifikation wie die Einheimischen mitbrächten. Falls die Migranten geringere Qualifikationen mitbrächten, liege der Zuwachs des BIP bis 2020 noch immer bei 0,5 Prozent. Das DIW rechnet damit, dass die positiven wirtschaftlichen Effekte die Kosten bereits nach vier Jahren übersteigen.

Die Flüchtlingswelle führt gleichzeitig zu immer mehr Spannungen in der deutschen Bevölkerung, aber auch zwischen den EU-Ländern. Halten Sie die folgenden Szenarien für wahrscheinlich?

Prof. Dr. Thomas Gries Lehrstuhl für Internationale Wachstums- und Konjunkturtheorie, Universität Paderborn:

Ob ein positives Szenario gelingt, hängt vor allem davon ab, ob das Integrationsmanagement funktioniert. Was ich bisher erkennen kann ist: 1. Die dezentrale Ebene funktioniert und ist (noch) sehr engagiert (Kommunen ehrenamtliche Helfer). 2. Dies ist bei Weitem nicht ausreichend. Die zentrale Ebene ist nicht erkennbar. Außer Aussicht auf gewisse Gelder für Unterbringung etc. sehe ich keinen Plan. Wo ist dieser Plan? Wo ist fördern und fordern? (i) Wo ist vom Bundesministeriums für Bildung koordiniert ein „spezielles Bildungs- und Ausbildungsprogramm“ mit entsprechenden Benchmarks (Sprache allgemeine Bildung zur beruflichen Anpassung etc.) einschließlich Werte- und Demokratievermittlung mit besonderem Fokus auf kritische Gruppen: junge Männer (häufig bisher perspektivlos, Frauen (häufig bisher bildungsfern) etc.? (ii) Wo ist das Programm für ausreichender „sozialen Wohnungsbau“? Für den sozialen Frieden brauchen wir bezahlbaren Wohnraum. Hier konkurrieren Neuankömmlinge mit Eingesessenen. (iii) Ähnliches gilt für den Arbeitsmarkt. Facharbeitermangel beheben, bedeutet Facharbeiterausbildung. Wenn Neuankömmlinge unzureichend ausgebildet bleiben, gibt es einen Verdrängungswettbewerb im Niedriglohnsegment. Dies kann keiner wollen, der soziale Sprengstoff und die politischen Verwerfungen wären immens. 3) Ein Integrationsmanagement kann nicht von ehrenamtlichen Helfern gemacht werden, sondern benötigt



professionelles Management und professionelle Durchführung der einzelnen Maßnahmen. Es wird schon jetzt mehr als vorübergehende Soforthilfe benötigt. Die im Land Befindlichen brauchen ein mittelfristiges Integrationsprogramm im Milliarden-Euro-Volumen, sinnvoll geplant und umgesetzt. Von beidem, dem professionellen Integrationsmanagement und dafür gezielten erforderlichen Finanzierungen, sehe ich zurzeit nichts, nicht einmal ansatzweise. Weder den Versuch einer hinreichenden mittelfristigen Professionalisierung noch die verlässliche mittelfristige Finanzierung kann ich aus der öffentlichen Diskussion entnehmen. Aber vielleicht gibt es das ja, und man hat bisher nur vergessen, uns darüber zu informieren. Ich würde mich freuen, wenn es so wäre. Wenn es nicht so ist, wird uns das Ganze schnell auf die Füße fallen; nicht, weil die Gesellschaft es nicht schafft, „Wir würden es schaffen!“, sondern weil das politische Management es nicht schafft. Das wäre fatal!!

Prof. Dr. Martin Kocher Lehrstuhlinhaber, Verhaltensökonomik und experimentelle Wirtschaftsforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München:

Ich glaube, man muss die Kirche im Dorf lassen. Das Management der Flüchtlingsankünfte, die Durchführung von Asylverfahren und die Integration der Asylsuchenden wird eine sehr schwierige Aufgabe, aber man darf die Dimension nicht überhöhen. Viel ärmere Länder als Deutschland sind mit viel schwierigeren Aufgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen konfrontiert. Wenn Deutschland das nicht schafft, wäre es ein Armutszeugnis.

Prof. Gabriel Felbermayr, Ph.D. Forschungsbereich Internationaler Handel, ifo Institut und Ludwig-Maximilians-Universität München:

Dass Flüchtlinge das BIP erhöhen, ist trivial, sofern manche von ihnen nur arbeiten und somit Wertschöpfung schaffen. Dies ist, im Unterschied zur schuldenfinanzierten Ausdehnung der Staatsausgaben in der kurzen Frist auch mehr als nur ein Strohfeder. Das ist aber nicht der Punkt: Das BIP hat mit der Wohlfahrt der Einheimischen wenig zu tun. Als Indikator ist allenfalls das Pro-Kopf-Einkommen geeignet, und dieses fällt nach den Rechnungen des DIW und der OECD, weil das BIP weniger stark wächst wie die Bevölkerung.

Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Die Flüchtlingsfrage ist primär eine humanitäre Frage und keine der ökonomischen Nützlichkeit. Die Kosten (und der potentielle Nutzen) hängen ganz entscheidend davon ab, inwieweit es gelingt, die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Darin sollte massiv und vor allem mit langem Atem investiert werden. Insofern mache ich mir weniger Sorgen, dass die Politik bei der Bewältigung der aktuellen Aufgaben versagt, sondern vielmehr, dass sie dies bei den daraus resultierenden langfristigen Herausforderungen tut.

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Ohne strategische Planung, welche die Bevölkerung vom Projekt „Migration“ überzeugt, wird dieses schiefgehen – sowohl fiskalisch als auch politisch und als „ökonomische Investition“. Tragisch! „Man sollte nicht nur keine Konzepte haben, man muss auch unfähig sein, diese auszusprechen.“

Dr. Michael Stahl Geschäftsführer Volkswirtschaft/Bildung, Arbeitgeberverband Gesamtmetall:

Alle Szenarien sind durchaus möglich, aber werden nur wahrscheinlich, wenn es der Bundesregierung nicht gelingt, die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland zu begrenzen und der Bevölkerung zu vermitteln, dass sie (die Regierung) die Probleme lösen kann.



Prof. Dr. Juergen B. Donges Emeritus am Institut für Wirtschaftspolitik, Universität zu Köln:

Die Flüchtlinge stellen keine homogene Gruppe dar, sondern bestehen aus drei Gruppen. Die kleinste gehört zur Kategorie der im Heimatland politisch Verfolgten; diese Menschen haben einen Anspruch auf Asyl. Die viel größere Gruppe bilden Kriegsflüchtlinge (Syrien, Afghanistan); für sie kann es aus humanitären Gründen ein Bleiberecht geben, aber nur auf Zeit. Und der ebenfalls großen Gruppe von Flüchtlingen aus wirtschaftlichen Gründen (Südosteuropa) kann, wenn überhaupt, nur selektiv Aufnahme gewährt werden (quantitativ und qualitativ). Deutschland und die anderen EU-Länder brauchen ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien wie Arbeitsvertrag, berufliche Qualifikation, Sprachkenntnisse, Vermögen. Dann kann auch die Integration der Einwanderer in unsere Gesellschaft gelingen. Auf „Gutmenschenart“ ist die Flüchtlingswelle nicht zu meistern.

Prof. Dr. Dr. h.c. Franz Peter Lang Institut für Volkswirtschaftslehre, TU Braunschweig:

Sicher lassen sich die Wanderungen der Menschen heute nicht ohne Weiteres eindämmen und darum gibt es keine Alternative. Dass es so ungehemmt geschieht, ist allerdings eine Folge der Politik Merkels, immer genau fünf Minuten vorher das zu machen, was Rot/Grün vermutlich gemacht hätte. Hier hat sie die Größe des Problems vollkommen unterschätzt und eine höchst schädliche Entwicklung losgetreten, die nicht so einfach zu kontrollieren ist. Ähnlich war es beim Atomkraftanstieg, der uns ebenfalls sehr viel kosten wird!

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

Wenn von Seiten der demokratischen Parteien und auch von Teilen der Zivilgesellschaft ausschließlich von negativen Folgen und Gefahren gesprochen wird (anstatt z.B. die hohe Willkommensbereitschaft in weiten Teilen der Bevölkerung sowie auch die ökonomischen Chancen zu würdigen), dauerhaft unzureichende administrative Maßnahmen ergriffen werden sowie unsägliche Vorurteile geschürt werden, besteht tatsächlich die große Gefahr nicht nur des Vormarsches rechtsradikaler Gruppierungen, sondern auch der weiteren Erhöhung der schon jetzt erschreckend hohen rechtsradikalen Gewalt.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die DIW-Simulationsrechnungen basieren auf sehr optimistischen Annahmen bzgl. der Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und der Entwicklung ihrer Arbeitslosigkeit. Selbst im sog. pessimistischen Fall sollen 2/3 der arbeitssuchenden Flüchtlinge einer Beschäftigung nachgehen. Nach zehn Jahren überwiegen dann die positiven Effekte. Gegenwärtig resultieren leichte BIP-Effekte aus den zusätzlichen staatlichen Ausgaben in Höhe von gut 20 Mrd. Euro, was einer Konsumsteigerung von rund 1 Prozent entspricht.

PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:

Das Trittbrettfahrerverhalten vieler EU-Staaten in der Flüchtlingsfrage und das „race to the bottom“ in den Aufnahmebedingungen kann nur mit einer stärkeren Rolle Europas eingedämmt werden. Ein Konsens in Richtung einer europäischen Asylpolitik ist aber nicht absehbar, weil die Lastabwälzung in Richtung Deutschland oder Schweden in vielen EU-Staaten vom Wähler honoriert wird. Das ist definitiv eine schwer wiegende Belastungsprobe für das Projekt Europa, weil der erste ernsthafte Test der „Wertegemeinschaft“ negativ auszufallen droht.



Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:

Ein Auseinanderbrechen der EU hinge wohl eher mit der Eurokrise zusammen, sofern es dazu kommen sollte. Die Wachstumsaussichten sind alles andere als rosig, und die Massenarbeitslosigkeit ist nach wie vor das Problem der Eurozone.

Prof. Dr. Fred Wagner Institut für Versicherungslehre, Universität Leipzig:

Verwerfungen innerhalb der EU kann es geben – an ein Auseinanderbrechen glaube ich deshalb aber nicht.

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:

Die Aufregung wird mit den Flüchtlingsströmen im neuen Jahr abebben, damit werden auch die Streitigkeiten unter den Politikern zurückgehen.

Prof. Dr. Andreas Freytag Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Der Stimmungsumschwung in der Bevölkerung wird die Politik schnell veranlassen, die etwas naive Gutmenschenattitüde aufzugeben und eine Strategie zur Migration zu entwickeln. Dann werden die neuen Rechten schnell wieder verschwinden.

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:

Solche Aussagen sind mir zu pauschal. Das hängt von ziemlich komplexen Bedingungen und Entwicklungen ab.

Prof. Dr. Klaus-Dirk Henke Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Gesundheitsökonomie, Technische Universität Berlin:

Willkommenskultur versus VW und DFB-Skandal

Prof. Dr. Klaus Röder Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Finanzdienstleistungen, Universität Regensburg:

Sinnvolle Lösungen sind leider nicht in Sicht.

KONJUNKTUR

Hat sich Ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage im letzten Monat verändert?

Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser Zentrum für Ökonomische Bildung, Universität Siegen:

ja, verschlechtert, die Unsicherheit steigt weiter,

Prof. Dr. Oliver Landmann Direktor der Abteilung für Wirtschaftstheorie, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Geringfügige Verschlechterung



Prof. Dr. Justus Haucap Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre insbesondere Wettbewerbstheorie und -politik und Gründungsdirektor, Düsseldorf Institute for Competition Economics (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf:

Verschlechtert

Prof. Dr. Horst Schellhaas em. Professor, Universität zu Köln:

Eher nein.

Prof. Dr. Tim Krieger Wilfried-Guth-Stiftungsprofessur für Ordnungs- und Wettbewerbspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:

Ja, etwas abgeschwächt

Dr. Thomas Gitzel Chief Economist, VP Bank Gruppe:

Nein

Prof. Dr. Manfred Königstein Lehrstuhl für Angewandte Mikroökonomik, Universität Erfurt:

nein

Dr. Klaus Schrüfer Leiter Investment Strategy, Santander Bank:

nein, nicht wesentlich

Prof. Dr. Rolf Walter Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Friedrich-Schiller-Universität Jena:

Nein, trotz neuer Unsicherheiten (VW-Abgasskandal, Flüchtlingswelle).

Prof. Dr. Tamás Bauer Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Vergleich und Transformation von Wirtschaftssystemen, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:

nein

Prof. Dr. Olaf Hübler Institut für empirische Wirtschaftsforschung, Leibniz-Universität Hannover:

ja

Prof. Dr. Matthias Wrede Lehrstuhl für Sozialpolitik, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg:

Leichte Verbesserung

Prof. Dr. Horst Löchel German Centre of Banking and Finance, Frankfurt School of Finance & Management:

nein



Dr. Martin Moryson Chefvolkswirt, Sal. Oppenheim jr. & Cie. AG & Co. KGaA:

Für die Industrie etwas schlechter: China plus VW

Prof. Dr. Ulrich Blum Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg:

Verschlechtert

Prof. Dr. Andreas Ziegler Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung, Universität Kassel:

nein

Prof. Dr. Roland Döhrn Leiter des Kompetenzbereichs "Wachstum und Konjunktur", Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

Nicht für Deutschland.

Prof. Dr. Frank Bulthaupt Lehrstuhl für Kapitalmärkte und Volkswirtschaftslehre, Hochschule der Sparkassen-Finanzgruppe:

Die weltwirtschaftlichen Risiken sind weiterhin da.

Prof. Dr. Susanne Soretz Professur für Allgemeine Volkswirtschaftslehre sowie Wachstum, Strukturwandel und Handel, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald:

ja, schlechter

Dr. Jochen Intelmann Chefvolkswirt, Hamburger Sparkasse Private Banking/Analyse:

nicht wesentlich

Dr. Marco Bargel Chefvolkswirt, Postbank AG:

nein

Prof. Dr. Peter Posch Lehrstuhl für Finance, Risk & Commodity Management, Technische Universität Dortmund:

nein

Dr. Boris Augurzky Kompetenzbereichsleiter Gesundheit, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.:

kaum messbar

Prof. Stephan Klasen, Ph.D. Lehrstuhl für Volkswirtschaftstheorie und Entwicklungsökonomik, Georg-August-Universität Göttingen:

Nein



PD Dr. Friedrich Heinemann Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und öffentliche Finanzwirtschaft, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim:
nein

Prof. Dr. Horst Entorf Lehrstuhl für Ökonometrie, Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main:
nein

Dr. Dirk Ehnts Lecturer in Economics, Politics and Social Thought, Bard College Berlin:
etwas verschlechtert

Prof. Dr. Martin Leschke Lehrstuhl VWL V Insb. Institutionenökonomik, Universität Bayreuth:
Kaum.

Volker Hofmann Direktor, Wirtschaftspolitik und internationale Beziehungen, Bundesverband deutscher Banken:
nein

Dr. Manfred Schweren Vorstand, PRIVALOR Vermögens-Management AG:
Nein

Prof. Dr. Thomas Apolte Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik am Institut für Ökonomische Bildung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster:
nein

Prof. Dr. Karl Justus Bernhard Neumärker Lehrstuhl für Allgemeine Wirtschaftsforschung/Wirtschaftspolitik, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg:
nein

Prof. Dr. Alfred Greiner Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, Universität Bielefeld:
Nein.

Prof. Dr. David Stadelmann Professur für Volkswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Entwicklungsökonomik, Universität Bayreuth:
Etwas gedämpft.